

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden  
Vertriebsnummer: 25 241  
Nur für Nachlieferung: 20011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.  
Anzeiger-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 3 Bsp. für auswärts 40 Bsp. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Bsp. außerhalb 25 Bsp. die 40 mm breite Reklameweile 30 Bsp. außerhalb 20 Bsp. Offerteneingabe 30 Bsp. Num. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Vieh & Reichardt in Dresden  
Vollständ. Kont. 1088 Dresden

Nachdruck aus mit deutscher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## England fürchtet einen Zollblock Mitteleuropa

### Minister Runciman über die Genfer Weltwirtschaftskonferenz vor dem Unterhaus.

#### Eröffnung der Luftthallinie Genf—Marseille. — Der englische Zeitungskönig gegen die Knebelung ungarischer Minderheiten.

### Der alte Konkurrenzneid gegen Deutschland.

London, 21. Juli. Unterhaus. Im Verlaufe der Debatte über den Etat des Handelsamtes wies Runciman auf die Verhandlungen der Genfer Wirtschaftskonferenz hin und ermahnte die Regierung, die Führung in der neuen Bewegung für den internationalen Handel zu übernehmen. Die mittel-europäischen Mächte seien mehr als jemals seit dem Kriege bereit, gemeinschaftlich zu handeln. Sie würden möglicherweise in den nächsten Jahren einen mitteleuropäischen Zollverein mit Deutschland an der Spitze bilden. Deshalb müsse Großbritannien die Führung übernehmen, falls Deutschland zu überlassen.

Cunliffe-Walker, der für die Regierung antwortete, führte aus: Großbritannien sei mehr als irgendein anderes Land der Welt an der Entwicklung des internationalen Handels interessiert. Großbritannien begrüße von ganzem Herzen jede Erleichterung des Handels und Transports und würde dabei mitwirken. Cunliffe-Walker betonte, daß die wichtigsten von der Genfer Wirtschaftskonferenz abgegebenen Erklärungen auch in die Tat umgesetzt werden müßten. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes habe bereits seine Arbeit der Vereinfachung der Zolltarifverträge begonnen. Auf einer diplomatischen Konferenz müsse nunmehr versucht werden, zu einem Vertrag über die Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen zu gelangen. Bei dieser Gelegenheit würde Großbritannien sicherlich in erster Reihe stehen.

### Lord Rothhermeres Eintreten für Ungarn.

#### Ein scharfes Schreiben des englischen Zeitungskönigs an Dr. Beneß.

Budapest, 20. Juli. „As Gif“ veröffentlicht ein Schreiben Lord Rothhermeres an den tschecho-slowakischen Außenminister Dr. Beneß, in dem es heißt: „Ich habe erfahren, daß Sie mich in Ihrer im Senat gehaltenen Rede beschuldigt haben, unter den Nachfolgestaaten einen Krieg anzufachen zu wollen. Dies steht vollkommen im Gegensatz zu meinen Zielen. Statt Krieg anzufachen, trachte ich danach, durch mein Auftreten den Frieden zu fördern. Ich schäme Ihre staatsmännischen Fähigkeiten viel höher ein, als daß ich annehmen könnte, daß Sie an die Möglichkeit eines dauernden Friedens auf Grund der jetzigen Grenzen ohne Minderhaltung all derjenigen ungarischen Gebiete, wo die Ungarn in den Nachfolgestaaten in der Mehrheit verbleiben sind, glauben. Sie wissen ebenso gut wie ich, daß der Trianoner Friedensvertrag in seiner heutigen Form

einzig und allein deshalb zustande kommen konnte, weil die Vertreter der Großmächte über die komplizierten nationalen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete völlig informiert gewesen sind. Gerade aus diesem Grunde können seine Bestimmungen nicht als endgültig betrachtet werden. Im Prager Parlament sitzen zahlreiche Vertreter von Bezirken, die niemals von Ungarn hätten losgetrennt werden dürfen. Ihre Bevölkerung wird sich mit ihrer heutigen Lage nie und nimmer abfinden, sondern stets die Rückkehr zu ihrem Vaterland anstreben. Solche schreienden Ungerechtigkeiten können nicht stillschweigend hingenommen werden. Ungarn hat Freundschaft, die nicht ruhen werden, solange die ganze Welt von dem ihm gegenüber begangenen Unrecht Kenntnis hat, und auch davon Kenntnis hat, wie sehr die Nachfolgestaaten die unter ihre Herrschaft gelangten Ungarn unterdrücken und ihnen ihre Rechte vorenthalten. Ich bitte Sie, sich stets vor Augen halten zu wollen, daß die Tschecho-Slowakei ohne die Freundschaft und die Doler Englands und Frankreichs überhaupt nicht existieren würde. Wenn die Tschecho-Slowakei mit dem, was Sie erhalten hat, Mißbrauch treibt, so muß Sie darauf gefaßt sein, daß Englands Freundschaft und Gefühle sich vollständig von ihr abwenden werden und an ihre Stelle Enttäuschung und Gleichgültigkeit treten. Lord Rothhermeres gibt zum Schluß der Erwartung Ausdruck, daß Minister Dr. Beneß seinem Briefe dieselbe Publizität verschaffe, wie seiner Senatsrede, und erklärte, er werde in seinen Blättern auf die Angelegenheit zurückkommen.

### Bridgeman und Cecil in London.

#### Besprechungen über die Seeabstimmungskonferenz.

London, 21. Juli. Lord Bridgeman und Lord Cecil, die beiden britischen Hauptdelegierten für die Genfer Seeabstimmungskonferenz, sind gestern Abend in London eingetroffen. Bridgeman lehnte jede Erklärung über die Konferenz ab. Lord Cecil, der vor Bridgeman eingetroffen war, äußerte sich zuversichtlich. Er erklärte, von einem Abbruch der Konferenz könne keine Rede sein. Er hoffe, im Laufe der nächsten Tage wieder nach Genf zurückkehren zu können. (ZU.)

### Chamberlain demontiert seinen Berliner Besuch.

London, 21. Juli. Chamberlain erklärte gestern im Unterhaus auf die Frage eines liberalen Abgeordneten, daß er nicht beabsichtige, sich in der nächsten Zeit nach Berlin zu begeben, um dort mit Stresemann die verschiedenen europäischen Probleme zu besprechen.

## Die Willkür der Besatzungstruppen.

### Millionenschaden durch Schießübungen

Der Schießplatz inmitten wertvoller Tongruben.  
Berlin, 21. Juli. Auf dem französischen Schießplatz auf der Dählemer Binn bei Schmitzheim in der Eifel finden auch in diesem Jahre wieder Schießübungen statt, die nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die vor drei Jahren neu angelegten Tongruben von großem Nachteil sind, da letztere im Mittelpunkt des Schießplatzes liegen. Schon im vorigen Jahre ist durch die Schießübungen der französische Artillerie in den Tonselbden großer Schaden entstanden, so daß ein Schadenersatzanspruch von 80 000 Mark angemeldet wurde. Die Tonselbden enthalten einen wertvollen Korbion, der nach sachmännlichem Urteil zu dem besten in ganz Deutschland gehört. Sie umfassen einen großen Flächenraum. Durch die weitere Beschädigung der Tonselbden ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Rentabilität der Anlage in Frage gestellt ist. Durch die Unbrauchbarmachung der Tonselbden würde ein Schaden von mehreren Millionen Mark entstehen. Die Schießübungen der französischen Artillerie finden gerade während der trockenen Sommermonate statt, die in den Tongruben die einzige Zeit der Arbeitsmöglichkeit darstellt.

### Noch keine Etatposten für Militärattachés.

Berlin, 21. Juli. Wie berichtet wird, ist beabsichtigt, bei den Großmächten je einen Militärattaché und einen Marineattaché zu akkreditieren. Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß eine Entscheidung über die Entsendung deutscher Militärattachés noch nicht getroffen ist. Im Etat sind auch keine Beträge für solche Stellen eingelegt.

### Eine Proklamation der rumänischen Regierung.

Bukarest, 21. Juli. Die rumänische Regierung veröffentlicht eine Proklamation, in der die Verdienste des verstorbenen Königs gewürdigt werden. Ferdinand I. werde immer der König bleiben, der den Zusammenbruch des ganzen rumänischen Volkes und die großen Reformen durchgeföhrt habe, die Rumänien zu einem Staate des Rechts, der

Macht und der Ordnung hätten werden lassen. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Mit unerschütterlicher Ergebenheit gegenüber der Donau, mit der Achtung vor den Konstitutionen und den Gesetzen des Landes müssen wir voll Liebe und Vertrauen in die Gerechtigkeit des Landes Königs Michael dienen und alle Kräfte zusammennehmen, um die glänzende Zukunft Großrumäniens zu sichern.“

### Vor der Testamentseröffnung.

Bukarest, 21. Juli. Heute wird in Sinaja in Gegenwart der Königin Maria und der königlichen Familie das Testament Königs Ferdinands eröffnet werden. Es wird zusammen mit einem an den Ministerpräsidenten gerichteten Brief veröffentlicht werden, in dem der verordnete König von neuem seinen Willen bekräftigt, daß die verfassungsmäßige Regelung der Thronfolge in vollem Umfange beachtet werde. Dieser Wunsch ist bereits durch die Einsetzung des Regentenschaftrates, die Eidesleistung und die Zustimmungserklärung aller Parteien ohne Unterchied erfüllt worden. Ein Anlaß des Ablebens Königs Ferdinands wurde eine sechsmönatige Posttrauer angeordnet.

### Die englische Presse zum Tode König Ferdinands.

London, 21. Juli. Die englische Presse widmet dem verstorbenen König von Rumänien Leitartikel, in denen Englands Anerkennung für die ententefreundliche Haltung des Königs während des Weltkrieges zum Ausdruck kommt. Die Zukunft Rumäniens hängt nach Ansicht der englischen Blätter wieder einmal sehr von der politischen Klugheit der Königinwitwe ab, deren englische Herkunft natürlich sehr unterstrichen wird. (ZU.)

### Braslanu an Kronprinz Carol.

Paris, 21. Juli. Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die Regierung dem Prinzen Carol zugleich mit der Anzeige vom Hinscheiden des Königs Ferdinand mitgeteilt, daß der Staat fest entschlossen sei, den am 4. Januar 1926 gefassten Beschluß über die Thronfolge zu beachten. Prinz Carol von Rumänien, der in dem Pariser Vorort Reuilly wohnt, wird am Sonnabend an dem Gedächtnisgottesdienst in der rumänischen Kirche in Paris teilnehmen. Eine Reise nach Bukarest kommt für ihn nicht in Frage.

### Und Sachsen?

#### Ein Wort zum Reichsschulgesetz-Entwurf. Von Schuldirektor E. Paube.

Nach dem Wortlaut des Entwurfs des Reichsschulgesetzes (§ 2) gibt es drei Formen der deutschen Volksschule: a) die nach dem Bekenntnis nicht getrennte Volksschule (Gemeinschaftsschule); b) die Bekenntnisschule; c) die bekenntnisfreie Schule (weltliche oder Weltanschauungsschule). Es ist ein Zeichen für die Verworfenheit der sächsischen Schulverhältnisse, daß die Frage, welche von den drei Schularten wir in Sachsen jetzt haben, nicht klipp und klar beantwortet werden kann. Vielleicht bringt ein Blick auf die Entstehung der heutigen sächsischen Volksschule einige Klarheit.

Als zum Erlaß des Uebergangsschulgesetzes hatten wir evangelische und katholische Volksschulen, in die auch die wenigen Kinder der Juden und Dissidenten gingen. (Einige Sonderbestimmungen über Religionsunterricht dieser Kinder spielen hier keine Rolle und können unbeachtet bleiben). Das Uebergangsschulgesetz, dessen Entwurf die Gewerkschaft der Volksschullehrer durchaus gebilligt hatte, wies den Religionsunterricht ganz aus der Volksschule hinaus. Wäre dieser Zustand eingetreten, würde die Antwort auf die Frage, welche Schule wir in Sachsen hätten, einfach lauten: Wir haben eine reine weltliche Schule ohne Religionsunterricht. Aber das Uebergangsschulgesetz mußte sich eine Korrektur gefallen lassen. Das Reichsgericht entschied auf Grund von § 174 der Reichsverfassung (bis zum Erlaß) eines Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage), daß in der sächsischen Volksschule wöchentlich zwei Stunden Religionsunterricht zu erteilen seien. Das Uebergangsschulgesetz war zwar in aller Eile noch vor Erscheinen der Reichsverfassung verabschiedet worden (28. Juli 1919, Reichsverfassung 11. August 1919), aber da man den Religionsunterricht nicht zum mittlen im Schuljahr beistellen konnte, sollte das erst Ostern 1920 geschehen. Die Rechtslage war also bei dem Erscheinen der Reichsverfassung die, daß in den sächsischen Schulen tatsächlich noch Religionsunterricht erteilt wurde.

Man hat in kritisch gesonnen Kreisen das Urteil des Reichsgerichts mit Freuden begrüßt. Leider hatte es den Nachteil, daß nun viele Eltern den wahren Charakter der Schule nicht mehr erkannten. Das Stillschließen der charakterisierten weltlichen Schule mit der Einführung der Religionsunterricht erteilt beruhigte sie. Erst das Verbot des Schulbetriebs in der Zeit der Bekämpfung der Inflationskrisis wurde aufgehoben. Als dann diese Verordnung aufgehoben wurde, zog der gute Michel mit Befriedigung seine Nase wieder über die Ohren und ließ den lieben Gott einen frommen Mann sein. Wäre das Urteil des Reichsgerichts nicht ergangen, wäre es also bei der Hinausweisung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule geblieben, so würden heute alle evangelischen Kreise die Gefahr erkennen, in der unsere Volksschule schwebt. So aber wissen nur die, die mit dem Schulbetrieb näher vertraut sind, wie wenig bei der Einsetzung eines großen Teils der Lehrerschaft für die weltliche Schule ein zwangsweise auferlegter Religionsunterricht zu bedeuten hat.

Von interessierter Seite wird wahrscheinlich in nächster Zeit der Vorwurf erteilt: „Sachsens Schulen sind Gemeinschaftsschulen. Laßt sie, wie sie sind!“ Dem ist mit aller Entschiedenheit folgendes entgegenzusetzen: Gemeinschaftsschulen, auch Simultanen Schulen genannt, sind in den konfessionell stark gemischten Ländern, wie Baden, Württemberg, Pommern u. a., seit langer Zeit vorhanden und haben sich bewährt. „Sie ruhen“, wie es in dem Entwurf zum Reichsschulgesetz heißt, „auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen. Die aus dem Christentum erwachenden Werte der deutschen Volkskultur sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen. Der Religionsunterricht ist für alle Klassen ordentliches Lehrfach. Es wird nach Bekenntnissen getrennt erteilt.“

Sachsens Schulen sind keine Gemeinschaftsschulen, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Katholiken ihre eigenen Schulen haben und beibehalten werden. Oder glaubt wirklich jemand, die katholische Schule werde sich mit ihrer farb- und formlosen sächsischen evangelischen Schwester zusammenschließen? Unsere Volksschulen sind keine Gemeinschaftsschulen, denn die für sie verlangte religiös-sittliche Grundlage ist nicht überall vorhanden. Es gibt eine Anzahl Klassen, besonders in den Großstädten, die keinen Religionsunterricht, sondern dafür „Lebenskunde“ erhalten. Das sind die Klassen der Kinder, die vom Religionsunterricht abgemeldet sind. Sie werden in Zukunft den Stamm für die weltliche oder Weltanschauungsschule bilden.

Daß wir keine Gemeinschaftsschulen haben, geht auch aus den Vorarbeiten für die letzten Elternratswahlen hervor. Dabei da nicht die Lehrervereine, soweit sie gewerkschaftlich eingestuft sind, mit allen Mitteln der Agitation die freie weltliche Schule gefordert und sie mit gleichwertigen Worten den Eltern geschildert? Die sächsische Volksschule ist eine verkappte weltliche Schule. Ob ihr weltlicher Charakter stark oder weniger stark betont wird,